

QUARTALSBERICHT

Projektland: Tschechische Republik

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Trotz ständiger Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition wird die Umsetzung notwendiger Reformen vorgebracht**
2. **Verschärfung der Konflikte zwischen den einheimischen Einwohnern und den aus anderen Gebieten des Landes zugezogenen Roma in Nordböhmen**
3. **Soziale und wirtschaftliche Entwicklung**
4. **Politbarometer**

1) Trotz ständiger Auseinandersetzungen in der Koalition wurde die Umsetzung notwendiger Reformen vorgebracht

Der ganze Berichtszeitraum war von manchmal ganz scharfen Konflikten zwischen den einzelnen Parteien geprägt, die seit dem 10. Juli 2010 die tschechische Regierungskoalition bilden. Die Repräsentanten der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der TOP 09 und der Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV) lieferten sich oft heftige Duelle, die nicht nur unterschiedlichen Ansichten in Sachfragen sondern nicht selten auch persönlichen Antipathien entsprangen.

Einen scharfen Konflikt gab es zwischen der ODS des Ministerpräsidenten Petr Nečas und dem Außenminister Karel Schwarzenberg in Sachen Prioritäten der tschechischen Außenpolitik. Während Schwarzenberg als die erste Priorität der tschechischen Außenpolitik die EU, dann die NATO und Beziehungen Tschechiens zu den Nachbarländern bezeichnet, sah die Reihenfolge beim Ministerpräsidenten Necas (aber auch beim Präsidenten Klaus) anders aus, nämlich die transatlantische Dimension – also die NATO und die USA, dann erst die EU und die Nachbarländer. Premier Necas ließ aus diesem Anlass sogar eine neue Funktion im Regierungspräsidium einrichten, die eines Staatssekretärs für Europaangelegenheiten. Kurz danach hat Schwarzenberg in seinem Ministerium auch die Position eines Staatsministers für Europaangelegenheiten eingerichtet und beauftragte seinen ersten Stellvertreter im Außenministerium, Jirí Schneider, mit der Ausübung dieser Funktion. Öl ins Feuer goss kurz darauf Präsident Klaus, der vor den versammelten tschechischen Botschaftern aus aller Welt in Prag Schwarzenberg kritisierte und de facto aufforderte, auf dessen Vorstellungen in Sachen außenpolitische Prioritäten nicht unbedingt zu hören. Während der Streit zwischen dem Außenminister und dem Premier relativ schnell und mehr oder weniger einvernehmlich

beigelegt wurde, wurde der Schlagabtausch zwischen dem Präsidenten und Außenminister fortgesetzt. In dieser Entwicklung spielte offensichtlich die Tatsache eine bedeutende Rolle, dass Schwarzenberg bekannt gab, er wäre bereit, wenn in eineinhalb Jahren die Präsidentschaft von Václav Klaus endet, für das Amt des tschechischen Staatspräsidenten zu kandidieren. Klaus stellt sich dagegen, indem er u.a. damit argumentierte, Schwarzenberg habe eigentlich eine Art doppelte Identität – eine tschechische und eine andere – womit auf die unterschiedliche Vorstellungen in Sachen außenpolitische Prioritäten hingewiesen wurde.

Was die eigentliche Präsidentschaftswahl in anderthalb Jahren angeht, hätte Schwarzenberg nur dann eine, wenn auch eher geringe Chance, wenn es eine Direktwahl des Staatspräsidenten geben würde, d.h. wenn der Präsident direkt vom Volk und nicht von den Abgeordneten und Senatoren gewählt würde, wie es jetzt in der Verfassung verankert ist. Da jedoch eine Verfassungsänderung in dieser Sache sehr unwahrscheinlich ist, wird es eine indirekte Wahl geben, von der sich die Sozialdemokraten (CSSD) den Erfolg versprechen. Sie verfügen schon jetzt über die absolute Mehrheit im 81-köpfigen Senat des Parlaments und rechnen bei den nächsten Wahlen zum 200-köpfigen Abgeordnetenhaus des Parlaments – die kurz vor der Wahl des Staatspräsidenten stattfinden werden – mit einem spürbaren Erfolg. Sie wollen durch die konsequente Kritik der Sparpolitik der Regierung ihre Popularität bei der Bevölkerung steigern und hoffen, dass sie ihre Position vor der Präsidentschaftswahl in wesentlichem Maße stärken.

2) Verschärfung der Konflikte zwischen den einheimischen Einwohnern und den aus anderen Gebieten des Landes zugezogenen Roma in Nordböhmen

Nach einem gewaltsamen Zwischenfall, bei dem die Gäste einer Bar in Nordböhmen von einer Gruppe mit Macheten bewaffneter junger Roma teilweise schwer verletzt wurden, kam es in Nordböhmen, vor allem in den Städten Varnsdorf, Sluknov, Novy Bor und anderen zu Massenkundgebungen der Bürger, die von der Polizei mehr Schutz verlangten. Die Situation in diesem Gebiet ist kompliziert. Für Spannungen sorgen vor allem soziale Probleme, von hoher Arbeitslosigkeit über vernachlässigte Infrastruktur bis hin zur Wohnungsnot. Als dann mehrere Roma aus anderen Teilen des Landes in diese Städte kamen, die keine Kontakte zu dieser Region und deren Einwohner hatten, spitzten sich die erwähnten Probleme zu und führten zu einigen Gewalttaten. Die Regierung ist bestrebt, die ganze Situation zu beruhigen, indem sie die Polizeikräfte in diesem Gebiet verstärkt und gleichzeitig Maßnahmen trifft, die der Entspannung dienen und verhindern sollen, dass die jetzige Situation von den rechtsextremen Kräften missbraucht wird.

3) Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Die Regierung ist nach wie vor entschlossen, den Sparkurs zu halten und die Verschuldung des Landes schrittweise zu reduzieren. Am 21. September billigte die Regierungskoalition den Entwurf des Staatsetats für das Jahr 2012. Dabei geht man von Einnahmen in Höhe von 1.084 Milliarden Kronen (umgerechnet etwa 43,36 Milliarden Euro) und Ausgaben in Höhe von 1.189 Milliarden Kronen (umgerechnet etwa 47 Milliarden Euro) aus. Das Defizit beträgt demnach 105 Milliarden Kronen. Die Gesamtverschuldung des Landes liegt gegenwärtig bei 39 % des BIP. Bei der Aufstellung des Staatshaushalts wurde allerdings von einer Wirtschaftswachstumsrate von 2,5 % ausgegangen. Die Tschechische Nationalbank korrigierte jedoch später die Erwartungen auf 2,2 % und der IMF geht im Moment für das Jahr 2012 von einer Rate von 1,8 % aus. Dies würde bedeuten, dass die Einnahmen des Staates um mehrere Milliarden Kronen

sinken würden. Nach Äußerungen des Finanzministers Miroslav Kalousek würde nichts anderes übrig bleiben, als weitere Kürzungen im Staatsetat vorzunehmen.

Dem Kabinett Necas gelang es, einige wichtige Reformen im Gesundheitswesen sowie bei der Altersversorgung durchzusetzen. Im Gesundheitswesen wurde die Selbstbeteiligung der Patienten erhöht. Bei der Altersversorgung hat man im Rahmen der sog. „dritten Säule“ den Einstieg privater Gesellschaften in diesen Bereich ermöglicht, indem man den Bürgern die Möglichkeit gegeben hat, einen geringeren Teil der Zahlungen in das staatliche Rentenversicherungssystem an private Versicherungsgesellschaften umzuleiten, die durch eigene Aktivitäten diese Finanzmittel aufwerten sollen. Beides stieß auf heftigen und zur Schau gestellten Widerstand der Sozialdemokraten und Kommunisten. Den Sozialdemokraten war diese Entwicklung allerdings nicht so ganz wider den Willen, weil sie nur allzu gut wissen, dass die Reformen in den beiden erwähnten Bereichen wegen der ungünstigen demografischen Entwicklung praktisch unvermeidlich sind. Man kann schon jetzt sagen, dass wenn eine linksgerichtete Regierung in Zukunft an die Macht käme, sie nur geringe Änderungen in dem jetzt gültigen System vornehmen würde.

4) Das Politbarometer

Nach den Ende September veröffentlichten Ergebnissen einer Meinungsumfrage der Meinungsforschungsagentur STEM würden die Parlamentswahlen –fänden sie im September 2011 statt - folgende Ergebnisse bringen:

<i>CSSD</i>	25,8 % Stimmen	87 Sitze
ODS	12,9 % Stimmen	45 Sitze
KSCM	11,8 % Stimmen	38 Sitze
TOP 09	9,9 % Stimmen	30 Sitze

Aus dieser Prognose geht hervor, dass die Linke – Sozialdemokraten (CSSD) und Kommunisten (KSCM) eine Mehrheit von 125 Stimmen im 200-köpfigen Abgeordnetenhaus gewinnen würden und sogar die Kraft hätten, die Verfassung zu ändern. Die anderen Parteien (VV - 3,2 %, die KDU–CSL – 2,9 % und die Grünen – 2,5 %) würden die 5 % - Klausel nicht schaffen. Nach anderen Umfrageergebnissen könnte die KDU-CSL, die 5 % Hürde doch überwinden und 5 % bzw. sogar 6,8 % der Stimmen gewinnen.

Tatsache ist, dass die ODS und die TOP 09 als die Hauptträger des Programms unvermeidlicher aber gleichzeitig unpopulärer Maßnahmen an Beliebtheit verlieren.

Der Autor, Herr **Jindrich Mallota**, ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag, Tschechien

IMPRESSUM

Erstellt: 17.09.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de